

Wädenswil, 13. Januar 2014

Sommaruga, Schutzherrin der Verbrecher und verantwortlich für die Jugendarbeitslosigkeit?

Das Schweizer Volk hat in den letzten Jahren zwei Initiativen zugestimmt, die beide eine ähnliche Stossrichtung aufwiesen, nämlich die Bekämpfung der Kriminalität und damit der Verbrecher. Ziel und Zweck der Verwahrungssinitiative war und ist es, Sexualverbrecher, die nicht therapierbar sind, lebenslänglich zu verwahren. Mit der Ausschaffungsinitiative sollten ausländische Kriminelle, die in der Schweiz eine Straftat begangen haben, ausgeschafft werden. Zu den Delikten, die darunter fallen sollen, gehört auch die Raserei auf unseren Strassen. Über die Gesetzgebung müsste das mit den Initiativen anvisierte Strafmass Realität werden. Bei beiden Initiativen ist diese Gesetzgebung nur unvollständig verwirklicht worden. Die Verantwortung für diesen Missstand trägt die zuständige Departementsvorsteherin, Bundesrätin Sommaruga. Systematisch hat sie bis anhin, unterstützt durch ihre Verwaltung, die wirkliche Umsetzung der beiden Initiativen hintertrieben und sich damit um den Willen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger foutiert – zum Vorteil der Verbrecher.

Der letzte Streich dieser Bundesrätin ist eine Botschaft über die Meldepflicht aller sich im Besitz von unbescholtenen Schweizerbürgern befindenden Waffen. Dazu gehören Waffen, wie das Langgewehr 1911, das viele von ihren Vorfahren vererbt erhalten haben. Der nächste Schritt dürfte die Einführung von Waffenerwerbsscheinen für diese alten Waffen sein. Sobald diese Waffen mit Waffenerwerbsscheinen gemeldet sind, können die Nachkommen diese alten Waffen nicht mehr einfach übernehmen. Teilweise gehören dazu Waffen, die über Generationen vererbt worden sind. Mit der Meldepflicht will die Bundesrätin alle unbescholtenen Schweizer Bürgerinnen und Bürger entwaffnen und damit ein lang gehegtes Ziel ihrer Genossen und der Bürokraten in Brüssel verwirklichen. Dass sich gleichzeitig aber die bewaffneten Verbrecher aus dem Kaukasus, deren kriminelle Handlungen in der Schweiz zunehmen, einer Meldepflicht ihrer Bewaffnung entziehen, ist offensichtlich. Dank der Bundesrätin werden diese Gangster mit den entwaffneten Schweizern ein leichtes Spiel haben. Mit ihrem Vorhaben wird Sommaruga zur wahren Schutzherrin dieser Verbrecher.

Die Dame versucht mit allen Mitteln noch in einem anderen Bereich den Schweizerinnen und Schweizern zu schaden. Unbesehen der wirtschaftlichen Lage in der Schweiz fördert sie die grenzenlose Immigration von EU-Bürgern in die Schweiz. Die Rechnung für diese rücksichtslose Politik bezahlt nun die Schweizer Jugend. Viele junge Menschen mit einer abgeschlossenen Berufslehre finden keine Stelle mehr. Sie werden durch sogenannte „gut ausgebildete“ EU-Bürger aus dem Arbeitsmarkt verdrängt. Dass die Dame, unterstützt durch Genossen und Wirtschaftsvertreter, diese Lage schön redet, versteht sich von selbst. Der Clou an der ganzen Geschichte sind aber die Berufs- und Studienausweise vieler „gut Ausgebildeter“. Wie der Skandal am Zürcher Unispital mit vermutlich 33 angeblichen Doktoren aufgezeigt hat, geben viele „gut Ausgebildete“ falsche Titel an,

was einem Betrug gleichkommt, der aber durch das Departement von Sommaruga nicht geahndet wird. Durch eine Überprüfung der Abschlüsse aller Immigranten könnte das Ausmass der Titelbetrügereien erfasst werden. Vermutlich ist der am Unispital aufgedeckte Skandal nur die Spitze eines Eisberges. Denkbar ist, dass es nicht nur angebliche Doktoren und Professoren gibt, sondern auch einige Herrschaften, die ihre Titel dank Plagiaten erworben haben. Unsere Hochschulen wären gut beraten, wenn sie die in anderen Staaten erworbenen Abschlüsse einer Prüfung unterzögen. Naivität bei der Anstellung von Immigranten mit nicht überprüften Ausweisen gleicht einer Dummheit.

Wahrlich, Frau Sommaruga ist nicht nur Schutzherrin vieler in der Schweiz wirkender Verbrecher aus dem Kaukasus, sondern ist mit ihrer Schönrederei und der Übertünchung der Auswirkungen der grenzenlosen Immigration für die steigende Jugendarbeitslosigkeit mitverantwortlich.

Prof. Dr. Albert A. Stahel, Gemeinderat, Wädenswil